

med.dent. magazin

... der Wegbegleiter
vom Studienanfänger
zum Praxisgründer

Aktuell

Inhalt

Umfrage: Zahnärzte genießen höchstes Vertrauen

Zahnärzte genießen unter den Angehörigen von Gesundheitsberufen das höchste Vertrauen: Drei von vier Befragten glauben, dass diese Berufsgruppe in der Regel fehlerfrei arbeitet. Zu diesem Ergebnis kommt eine Meinungsumfrage, die die EU-Kommission in Auftrag gegeben hat. An die Unfehlbarkeit von Ärzten glauben lediglich 69 Prozent. Dem übrigen medizinischen Personal trauen nur 68 Prozent zu, alles richtig zu machen. Auch glaubt die Mehrzahl der Befragten (51 Prozent), dass es Aufgabe von Medizinern und Pflegepersonal ist, die einwandfreie Qualität einer Behandlung zu garantieren. Andererseits sind 41 Prozent der Meinung, während eines Krankenhausaufenthalts selbst zur Vermeidung von Fehlern beitragen zu können.

Quelle: <http://www.zahn-online.de>

- 61 Prozent der Deutschen wünschen sich ewige Gesundheit
- Kaum zu glauben: Bund will mit Bürgerdaten handeln
- Abgesenkte Gebührensätze für Ärzte nicht verfassungskonform
- Immer mehr Implantate bei GKV-Versicherten
- Bahr kritisiert die Kassen
- Kammern sind unverzichtbar für ihre Mitglieder und den Staat
- Neuregelung für Ärztevergütung im Gespräch
- Bevölkerung misstraut Gesundheitspolitik
- Wirtschaftsweiser für allgemeine Krankenversicherungspflicht
- Bundesregierung zur Rechtsstaatsorientierung aufgefordert
- Mehr Freiheit für niedergelassene Ärzte?
- Lautstarke Unterstützung für Kostenerstattung
- TV-Wartezimmer – vereinbar mit der MBO
- Dental Challenge Days 2006 drei Kongresse, ein Event
- CAMLOG Fortbildungsprogramm 2006
- Intraorale Reparatur zahnfarbener Restaurationen aus Composite-Füllungswerkstoffen
- Ergonomie Tagung
- Lipper Fund Awards 2006 für APO-Dachfonds und Apo Asset Management
- Beim Streit leiden Seele und Körper
- Jetzt in WOMAN: die neuesten Erkenntnisse zum Thema Fitness
- Deutschland ist zufrieden
- Iss Dich glücklich!
- Ohne Worte: Die fünf wichtigsten Babylaute und ihre Bedeutung
- Augen auf beim Camcorderkauf: Schon ab 300 Euro bekommen Anwender ausgereifte Geräte
- Unverzichtbare SMS
- Der goldene Zahn
- Deutscher Arbeitskreis für Zahnheilkunde (DAZ)
- IMPRESSUM

61 Prozent der Deutschen wünschen sich ewige Gesundheit

Wovon träumen die Deutschen?

Hätten die Bundesbürger einen Wunsch frei, würden sich 61 Prozent für ewige Gesundheit entscheiden. Das ergab eine repräsentative Umfrage der TV-Zeitschrift BILDWOCHE (1005 Befragte, emnid).

Auf den weiteren Plätzen der Wunschliste:

20 Prozent träumen von völliger innerer Zufriedenheit. Für 6 Prozent sind echte Freunde am wichtigsten. Weitere 6 Prozent sehnen sich nach Reichtum. Lediglich 5 Prozent der Deutschen träumen von ewiger Liebe - nur bei den jungen Leuten unter 29 Jahren sind es noch 14 Prozent.

Quelle: Bildwoche

Kaum zu glauben: Bund will mit Bürgerdaten handeln

Unter der Überschrift: "ePersonalausweis - Bund kassiert Wirtschaft ab" berichtete die Redaktion der Zeitung "eGovernment" am 13. Februar 2006 über den Stand der Dinge in Sachen digitaler Ausweisdokumente.

Das Bundesinnenministerium wolle den Referentenentwurf zur Änderung des "Personalausweisgesetzes" noch in diesem Jahr auf den Weg bringen, damit die ersten Exemplare im Jahr 2008 an die Bürger ausgegeben werden könnten. Wörtlich heißt es in dem Bericht weiter : "Die auf dem elektronischen Personalausweis gespeicherten Daten sollen Unternehmen gegen Gebühr zugänglich gemacht werden ... Die Einnahmen aus dem Berechtigungshandel sollen die zu erwartende Preiserhöhung für die neuen Ausweise teilweise auffangen. Ein Datensatz soll zwischen 40 bis 50 Cent kosten..."

Quelle: FVDZ-FreiFax/"eGovernment" - <http://www.fvdz.de/>

Abgesenkte Gebührensätze für Ärzte nicht verfassungskonform

Rechtsgutachten

Die von der Bundesregierung geplante Einführung einer ärztlichen Behandlungspflicht zu abgesenkten Gebührensätzen ist nicht verfassungskonform. Zu diesem Schluss kommt der Staatsrechtler Helge Sodan in einem Rechtsgutachten im Auftrag des Verbandes der Privatärztlichen Verrechnungsstellen.

Ärztliches Berufsrecht sei Ländersache, der Bund habe ausschließlich für die Berufszulassung Kompetenzen, schreibt der Präsident des Verfassungsgerichtshofes. Die Einführung einer Behandlungspflicht entziehe sich damit der Zuständigkeit des Bundes. Eine Ausnahme besteht nach Angaben des Rechtsspezialisten nur für die Festsetzung der ärztlichen Gebührenordnungen, für die das Bundesverfassungsgericht eine Bundeszuständigkeit sieht. Das Gutachten "Privat(zahn)ärztliche Behandlungspflicht zu abgesenkten staatlichen Gebührensätzen als Verfassungsproblem" erscheint als Band 5 der Schriftenreihe des PVS Verbandes. Infos unter: <http://www.pvs-verband.org>.

Quelle: <http://www.zm-online.de>

Immer mehr Implantate bei GKV-Versicherten

Patienten nehmen Festzuschussystem für Zahnersatz gut an

„Schon ein Jahr nach der Einführung des Festzuschussystems in der gesetzlichen Krankenversicherung ist mittlerweile jede dreißigste Zahnersatzneubehandlung eine mit Implantatkonstruktion. Das zeigt, wie fortschrittsfreundlich das System ist, und wie positiv die Patienten das aufnehmen“.

Diese Bilanz zog heute der Vorstandsvorsitzende der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung, Dr. Jürgen Fedderwitz, zu den Auswirkungen des Anfang 2005 eingeführten Systems befundbezogener Festzuschüsse für Zahnersatz, mit dem gesetzlich Krankenversicherte erstmalig auch Zuschüsse für innovative Behandlungsmethoden wie Implantatversorgungen erhalten. Damit wird das ohnehin schon hohe Versorgungsniveau weiter gesichert. Fedderwitz: „Das bezieht sich ausdrücklich auch auf die Regelversorgung und schließt Härtefälle mit ein.“ Im internationalen Vergleich, so Fedderwitz weiter, sei das Versorgungsniveau im deutschen Festzuschussystem hervorragend: „In EU-Staaten wie Dänemark oder Italien ist Zahnersatz überhaupt nicht versichert. In der Schweiz oder Holland, dessen System im Moment in aller Munde ist, ist der Leistungskatalog viel eingeschränkter als bei uns. Mit unserem System sind wir vorneweg.“

Besonders positiv wertete der Zahnärztechef bei seiner Jahresbilanz, dass bis heute keine Patientenbeschwerden über das Festzuschussystem vorliegen. Entscheidend sei überdies, dass die Systemumstellung für die Krankenkassen, aber auch für die Patienten absolut kostenverträglich erfolgt sei: „Wir haben den zahnmedizinischen Fortschritt in die GKV geholt, trotzdem müssen die Krankenkassen nicht mehr Geld für Zahnersatz ausgeben. In 2005 haben sie gegenüber dem Vorjahr sogar massiv Mittel eingespart, indem sie sich gegen eine Übergangsregelung bei der Einführung des Systems gesperrt haben. Damit werden jetzt wohl die Löcher gestopft, die die enormen Mehrausgaben im Medikamentenbereich gerissen haben.“ In 2006 werde das Ausgabenvolumen für Zahnersatz tendenziell auf dem Ausgangsniveau von 2004 liegen, also bei etwa 3,5 Mrd. Euro. Dazu Fedderwitz: „Wenn niemand leichtsinnig nach weiteren Leistungsausweitungen ruft, dann bleiben die Kosten stabil.“

Quelle: Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung - <http://www.kzbv.de/>

Bahr kritisiert die Kassen

Stimmungsmache

"Es ist ein seltsames Spiel, das zur Zeit abläuft", monierte Daniel Bahr, gesundheitspolitischer Sprecher der FDP. Die Zahnärzte seien ihrer Verpflichtung nachgekommen, bis zum Herbst 2005 ihre Berichte über die Auswirkungen der Festzuschussregelung im Zahnersatzbereich vorzulegen - die Krankenkassen dagegen müßig gewesen.

Sie legten jetzt erst einen Zwischenbericht vor, der keinen seriösen Vergleich zu bisherigen Daten ermögliche, kritisierte Bahr. "Das, was hier in der Presse lanciert wird, stimmt mit den Erkenntnissen, die die Zahnärzte vorgelegt haben, nicht überein, deren Datenanalyse vielmehr zeigt, dass die Festzuschüsse korrekt berechnet und angemessen festgesetzt wurden und dass die Umstellung kostenneutral erfolgt ist. Probleme gibt es danach lediglich bei den Reparaturen. In über 97 Prozent aller behandelten Fälle ist das Versorgungsniveau unverändert geblieben."

Die Abrechnung der Zahnärzte bei den gleich- und andersartigen Versorgungen sei moderat und habe die Patienten nicht mit signifikant höheren Kosten belastet. Bahr warf den Krankenkassen Stimmungsmache mit unvaliden Daten vor, um den Boden für Regulierungen im privat Zahnärztlichen Bereich vorzubereiten. vor: "Wohlgemerkt - nicht im Bereich der Regelversorgung, sondern für die Fälle, in denen Patienten sich ungewollt und aus freien Stücken für eine höherwertige Versorgung entscheiden." Doch das Thema sei zu wichtig für Schnellschüsse irgendwelcher Art, der Endbericht schnellstens erforderlich.

Quelle: zm-online - <http://www.zm-online.de/>

Kammern sind unverzichtbar für ihre Mitglieder und den Staat

Die Kammern der deutschen Heilberufe bieten sowohl ihren Mitgliedern als auch dem Staat und der Gesellschaft Vorteile. Diese Meinung vertrat Prof. Dr. Winfried Kluth von der Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg am Wochenende vor Zahnärzten in Neumünster.

„Die Heilberufekammern entlasten den Staat und nutzen die Fachkompetenz der Mitglieder“, sagte Kluth. Damit betonte der Professor für öffentliches Recht und Vorsitzende des Instituts für Kammerrecht in Halle den materiellen und personellen Aufwand, den die Ärzte-, Zahnärzte- und Apothekerkammern für die Gesellschaft leisten. Nach Ansicht Kluths sind Kammern gut beraten, sich verstärkt mit Impulsen und Anregungen in gesellschaftliche Diskussionen mit Bezug zum Gesundheitswesen einzumischen: „Es wäre fatal, nur die Order des Gesetzgebers anzuwenden. Zur Selbstverwaltung gehört auch, sich zu positionieren.“ Neben den Mitgliedern profitiert nach seinen Angaben besonders der Staat von den Kammern, da diese zahlreiche Aufgaben wie etwa die Fortbildung ihrer Mitglieder oder bei der Ausbildung von Praxispersonal übernehmen - und damit Staat und Gesellschaft von Aufgaben und Kosten entlasten. Auch der Vizepräsident der Bundeszahnärztekammer Prof. Dr. Wolfgang Sprekels (Hamburg) sieht keine Alternative zu den Kammern. Der Experte für EU-Fragen stellte klar, dass in der Europäischen Union kein Interesse an einer Abschaffung oder Schwächung der deutschen Heilberufekammern besteht: „Daran wird nicht gedacht!“

Schleswig-Holsteins Kammerpräsident Hans-Peter Küchenmeister begrüßte das klare Eintreten der beiden Experten für die Heilberufskammern. „Die Gestaltungsspielräume, die der Gesetzgeber uns einräumt, sollten wir als Chance begreifen und sie so weit wie möglich nutzen“, sagte Küchenmeister, „Es muss aber bewusst sein, dass unsere Aufgaben durch die Zahnärzte selbst und nicht aus staatlichen Mitteln finanziert werden.“ Er betonte zugleich die gute Zusammenarbeit der Kammern mit den zuständigen Behörden und dem Gesundheitsministerium in Schleswig-Holstein.

Quelle: <http://www.zahnaerztekammer-sh.de/>

Neuregelung für Ärztevergütung im Gespräch

Bei der anstehenden Gesundheitsreform wird nach Angaben von Unionsfraktionsvize Wolfgang Zöllner (CSU) auch die Bezahlung der Ärzte neu geregelt. "Wir sind uns in der großen Koalition einig darüber, dass die Ärzte von der Punktwertvergütung weg kommen müssen und stattdessen einen festen Beitrag für ihre Leistungen erhalten", sagte Zöllner der "Saarbrücker Zeitung". Die Neuregelung bedeute eine wesentliche Erleichterung für die Mediziner. Auch die Arbeitsbedingungen in den Arztpraxen sollen verbessert werden. Damit greife die Koalition einige Forderungen der Ärzte auf. Nach den Landtagswahlen in drei Bundesländern an diesem Sonntag will sich die große Koalition auf einen Reformkompromiss bei der Finanzierung der Gesundheitskosten verständigen. Zöllner bekräftigte dazu noch einmal die Vorstellungen der Union. "Wir sind dafür, die Gesundheitskosten von den Arbeitskosten zu trennen." Dadurch könne der Gesundheitsmarkt in Deutschland wachsen, ohne Arbeitsplätze in anderen Branchen zu gefährden. Neben der von der Union favorisierten Gesundheitsprämie gebe es noch andere Wege, wie man dabei vorgehen könne, sagte der CSU-Politiker. Die Gesundheitsprämie, bei der alle Versicherten unabhängig vom Einkommen einen einheitlichen Kassenbeitrag zahlen, wird bislang von der SPD abgelehnt.

Quelle: <http://de.news.yahoo.com/>

Bevölkerung misstraut Gesundheitspolitik

Umfrage zeigt Furcht vor steigenden Kosten und Leistungseinschnitten

Die Mehrheit der Bevölkerung ist zufrieden mit der medizinischen Versorgung, beurteilt aber die Zukunft des deutschen Gesundheitswesens skeptisch. Dies ergab eine repräsentative Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag des Finanzdienstleisters MLP. Danach halten 55 Prozent der Bürger eine umfassende Reform für notwendig. "Allerdings trauen nur 23 Prozent der Politik zu, längerfristig eine gute Gesundheitsversorgung für alle sicherzustellen", sagte die Chefin des Instituts, Renate Köcher. Zwei Drittel seien hier skeptisch.

Die große Mehrheit (76 Prozent) rechnet damit, dass sie für die Gesundheit künftig tiefer in die Tasche greifen müssen und sowohl die Kassenbeiträge als auch die Zuzahlungen steigen werden. Weit verbreitet ist auch die Furcht (69 Prozent), dass es immer mehr zu einer Zwei-Klassen-Medizin kommen könnte. Zwei Drittel der Befragten rechnen zudem damit, dass die Kassen künftig nur noch die Kosten für die medizinische Grundversorgung übernehmen werden. Köcher wies darauf hin, dass sich die Mehrheit der Bevölkerung zwar grundsätzlich für Reformen und eine Beschränkung der Leistungen ausspricht. Doch konkreter nachgefragt, werde das "medizinisch Notwendige" im Regelfall sehr weit interpretiert. Eine Herausnahme von Leistungen wie Zahnersatz oder Facharztbehandlungen etwa werden von einem Großteil abgelehnt, ebenso eine Einschränkung der freien Arzt oder Medikamentenwahl. "Die große Mehrheit hat den Wunsch nach einem Rundumschutz und ist eher bereit, höhere Beiträge zu akzeptieren", resümierte Köcher.

Positiv werden aber Anreize für eine gesundheitsbewusstes Verhalten beurteilt: 66 Prozent befürworteten beispielsweise Beitragsrabatte für regelmäßige Teilnahme an Vorsorgeuntersuchungen.

Der Vorstandsvorsitzende von MLP, Uwe Schroeder-Wildberg, hob hervor, dass die meisten Befragten die Versorgung der Privatversicherten für qualitativ besser halten als die der gesetzlich Versicherten. Dennoch würden bei einer Abschaffung der Pflichtversicherungsgrenze nur 15 Prozent der Versicherten zur privaten Konkurrenz wechseln, 63 Prozent gaben an, dass sie nicht umzusteigen würden. Deutlich gestiegen ist in den vergangenen Jahren das Interesse an privater Zusatzversicherung: Ein Drittel der Befragten erwägt eine Zusatzversicherung abzuschließen; 1997 waren es nur 23 Prozent. Der MLP-Chef sprach sich dafür aus, das Gesundheitssystem bei der anstehenden Reform nach dem Modell der Alterssicherung umzubauen: Die gesetzliche Krankenversicherung sollte die Grundversorgung sicherstellen, und der Staat sollte die zusätzliche private Vorsorge fördern.

Quelle: <http://www.welt.de>

Wirtschaftsweiser für allgemeine Krankenversicherungspflicht

Um den Faktor Arbeit zu entlasten, solle das Gesundheitssystem nach Ansicht des Wirtschaftswissenschaftlers Peter Bofinger stärker über Steuern finanziert werden. "Wir brauchen eine allgemeine Versicherungspflicht und eine Aufhebung der Trennung zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung", sagte Bofinger den "Ruhr Nachrichten" (Donnerstagsausgabe). Dies sei mit einer Bürgerpauschale von monatlich 198 Euro möglich. Zum Schutz der Geringverdiener müsse gelten, dass niemand mehr als 13 Prozent seines Einkommens in das Gesundheitssystem einzahle. Für die Reform wären 13 Milliarden Euro erforderlich, die durch eine Erhöhung etwa der Einkommenssteuer finanziert werden müssten. Der Wirtschaftsweiser kritisierte die derzeitige Diskussion in der Koalition über Bürgerversicherung oder Kopfpauschale scharf. "Es macht keinen Sinn, eine Gesundheitsreform zu beschließen, ohne zu wissen, wie man den Niedriglohnsektor reformieren will", sagte Bofinger. Wer etwa eine kleine Kopfpauschale erheben wolle, belaste damit besonders die Geringverdiener, die schon jetzt viel zu hohe Sozialabgaben leisten müssten.

Quelle: <http://de.news.yahoo.com/>

Bundesregierung zur Rechtsstaatsorientierung aufgefordert

Der Bundesverband der Freien Berufe hat durch seinen Präsidenten einen Appell an die Bundesregierung gerichtet, bei ihrer ministeriellen Arbeit, bei der Vorbereitung von Gesetzentwürfen, bei der Planung großer Reformen jeweils die relevanten Vorschriften unserer Verfassung gleich mitzubedenken und mitzulesen und wieder zu berücksichtigen.

Es ist sehr bedauerlich, so Dr. Oesingmann in Berlin, dass wir diesen allgemeinen Appell an die Bundesregierung richten müssen. In der Entwicklung, die die Arbeit dieser Bundesregierung im Bereich Gesundheitswesen nimmt, aber auch im Bereich Überwachung und Abhören, im Bereich Datenvorratsspeicherung, im Bereich steuerlicher Reformen, im Bereich Aufzeichnungspflichten für die Freien Berufe, sind Vorhaben auf dem Weg oder konkretisiert, die zumindest Anlass zu Bedenken geben.

Jüngstes Beispiel ist die Initiative der Bundesministerin für Gesundheit, den Grundsatz der Vertragsfreiheit und damit einen wesentlichen Teil selbstständiger Berufsausübungsfreiheit für Heilberufe, insbesondere Ärzte und Zahnärzte, einzuschränken bzw. abzuschaffen. Die Initiative von Frau Schmidt, die private Krankenversicherung einzuschränken, mag für diesen gewerblichen Zweig nur ein kalkulatorisches Risiko darstellen. Für die Leistungserbringer bedeuten die vorgestellten Ideen, dass ihnen die Möglichkeit genommen werden soll, die bestmögliche Leistung und damit die Leistung, die nach Befolgung aller Grundsätze des Freien Berufs verfügbar gemacht werden kann, lege artis zur Erbringen ohne die zur Zeit nur schwer vertretbaren Einschränkungen des Systems der sozialen Sicherung mit seinen entsprechenden Leistungskatalogisierungen und Kostendämpfungsmaßnahmen. Die Wahlfreiheit zwischen den Möglichkeiten soll den Patientinnen/Patienten genommen werden.

Für die Eindämmung der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen ist die Abschaffung des Freien Berufs kein geeigneter Weg, so der Präsident des BFB in Berlin. Man wird über eine verbesserte Durchsetzung der Berufsgrundsätze, zum Teil auch eine Rückkehr zu denselben, reden müssen, um Fehlallokationen allgemeinerer Art im Gesundheitswesen zu bereinigen, die sich zweifellos auch kostentreibend auswirken. Der substantielle Eingriff in die Freiberuflichkeit im Gesundheitswesen, in das Grundrecht zur freien Berufsausübung, muss deshalb nicht hingenommen werden und hat keine Rechtfertigung. Das System ist gut. Es muss nur besser geführt werden. Daran zu arbeiten ist auch Aufgabe unserer Mitglieder. Sie dies tun zu lassen, ist Aufgabe der Politik. Deshalb „Hände weg vom Freiberuflerstatus in diesem Bereich, Hände weg von Einschränkungen der Vertragsfreiheit!“ – so Dr. Oesingmann.

Quelle: <http://www.freie-berufe.de/>

Mehr Freiheit für niedergelassene Ärzte?

Die Bundesregierung erwägt, Teile der Gesundheitsreform vorzuziehen. Gedacht wird nach Angaben aus Kreisen der großen Koalition daran, die Liberalisierung der unstrittigen Teile des Vertragsarztrechts in den kommenden Monaten, vielleicht bis zur Jahresmitte, zu beschließen. In der Folge könnten Kassenärzte Zweitpraxen in anderen Bundesländern betreiben, Assistenzärzte einstellen und sich auch nach dem 55. Lebensjahr als Kassenarzt niederlassen. Erleichtert werden soll auch die Gründung von medizinischen Versorgungszentren, an denen mehrere Ärzte gemeinsam als Angestellte arbeiten können und die auch von solchen privaten Geldgebern finanziert und betrieben werden dürfen, die aus dem nichtmedizinischen Bereich stammen. Damit soll einerseits gegen den sich verschärfenden Versorgungsmangel in ländlichen Gebieten Ost- wie Westdeutschlands vorgegangen werden. Andererseits könne damit auch ein Signal der Beruhigung an die aufgebrachten Ärzte gegeben werden, hieß es in den Kreisen.

Quelle: <http://www.faz.net>

Lautstarke Unterstützung für Kostenerstattung

BDK beim Protesttag der Ärzteverbände am 24. März in Berlin

Der Berufsverband der Deutschen Kieferorthopäden (BDK) unterstützte aktiv den Protest der Ärzteverbände, Praxismitarbeiter und auch Patientengruppen bei der von rund 30.000 Teilnehmern getragenen Demonstration in Berlin am 24. März 2006 und gab den zahnärztlichen Forderungen Gesicht und Stimme.

Dr. Gundi Mindermann, 1. Bundesvorsitzende des BDK bei der zentralen Pressekonferenz im Berliner Roten Rathaus zur Großdemonstration: „Der BDK fordert die Politik auf, ihre Lippenbekenntnisse nach Patientensouveränität und Mitbestimmung, für den oft zitierten ‚mündigen Bürgern‘ endlich umzusetzen und den Patientinnen und Patienten echte Wahlrechte für ihre medizinische Versorgung zu geben. Der Weg hierzu ist die Wiedereinführung des unbehinderten Wahlrechts auf Kostenerstattung. Freie Arztwahl und Therapiefreiheit sind die Wege zu einer Behandlungsqualität auf hohem Niveau. Eine Beibehaltung von Budget und Degression würde dies weiterhin verhindern. Die Einführung von Grund- und Wahlleistungen ist längst überfällig.“

„Wenn wir uns jetzt nicht wehren...“

Auf Nachfrage der bundesweiten Redaktionen bei der Pressekonferenz nach den Konsequenzen der Kostenerstattung meinte Dr. Mindermann: „Wir haben beim Ausstieg aus dem System gewusst, was auf uns zukommt. Vielleicht waren wir einfach zu früh – aber jetzt zeigt sich: Es war damals und ist heute erst recht der einzig richtige Weg. Die Situation wird immer unerträglicher. Wenn wir uns jetzt nicht wehren“, betonte sie unter großem Beifall der anwesenden Ärztevertreter, „schaffen wir den Schritt in den nächsten 20 Jahren nie wieder, und deshalb unterstützen auch wir den Protest!“ Kostenerstattung berge weder für die Patienten, wie einige Journalisten befürchteten, noch für die Zahnärzte untragbare Belastungen. Der Wechsel zur Kostenerstattung war ein zentrales Thema der rund 40 ärztlichen Verbände und Organisationen, die zur Demonstration aufgerufen hatten, und so erntete auch Dr. Karl-Heinz Sundmacher, Vorsitzender des FVDZ und ebenfalls Teilnehmer der zentralen Pressekonferenz großen Beifall für seine abschließende Forderung „Ohne den Wechsel zur Kostenerstattung wird kein Gesundheitssystem eine Zukunft haben!“ Die Zahnärzte beobachteten die Entwicklung bei den Ärzten aufmerksam und freuten sich, dass sie nunmehr „auch aufgewacht sind. Die Zahnärzte waren als Gruppe zu klein – wir sind froh, dass wir mit den Ärzten jetzt gemeinsam auf der richtigen Linie liegen.“ Die in vielen Bereichen gemeinsame Linie machte auch Martin Grauduszus (Feie Ärzteschaft) deutlich: „Ich als Arzt muss meinem Patienten sagen, was er braucht – ob die Kasse das dann bezahlt, ist nicht eine ärztliche Frage!“ Kostenerstattung, so hatte es Dr. Werner Baumgärtner (Vorsitzender MEDI Deutschland) bei der Pressekonferenz eindeutig formuliert, aber auch der Ausstieg aus dem System stünden im Zentrum der ärztlichen Forderungen. Vertreter ärztlicher Gruppen drückten gegenüber Dr. Mindermann am Rande der Pressekonferenz ihre Anerkennung für den ehemals mutigen Schritt aus: „Sie haben es gut, Sie sind ja schon draußen...“

Unterstützung von 30.000 Demonstranten für Kostenerstattung

Bei der großen Kundgebung vor den 30.000 Demonstranten auf dem Berliner Alexanderplatz betonte Ärztepräsident Prof. Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, dass die Tatsache dieses großen bereits zweiten Protesttages ein Signal für den deutschen Gesundheitssystem sei und die Demonstrationen auch nach den bevorstehenden Landtagswahlen fortgesetzt würden: „Wir sind keine auch keine staatlichen Rationierungsassistenten! Wenn die Bewegung setzt, werden wir eben für Bewegung sorgen!“ Mit zustimmendem Pfeifkonzert unterstützt wurde der nach Prof. Hoppe zu den Demonstranten sprechende 2. BDK, Dr. Christian Scherer mit seiner Forderung „nach schikanefreiem Zugang zur Kostenerstattung! Wenn zu viele Leistungen abverlangt werden, so muss man dem Bürger sagen: Für begrenzte Mittel kann es nicht unbegrenzte Leistungen geben! Nicht alles, was Leute im weißen Kittel machen, muss in diesem Land gratis sein – lassen Sie uns von unseren europäischen Nachbarn lernen!“ Mittlerweile sei es leichter, eine Praxis in Polen oder Ungarn zu betreiben, als in Deutschland, was die demonstrierenden niedergelassenen Ärzte lautstark bestätigten. Dr.

Scherer forderte echte Wahlrechte bei der Festlegung ihrer Therapie – nur so könne die politisch vielfach geforderte Patientensouveränität funktionieren und den Patienten den Zugang auch zu hochwertiger medizinischer Versorgung ermöglichen: „Selbstbehalte und Selbstbeteiligung setzen hier die richtigen Anreize!“ Bei der Abschlusskundgebung vor dem Brandenburger Tor forderte Dr. Christine Alt (Kieferorthopädin / Mitglied „Freie Ärzteschaft“), der die Kundgebung moderierte, die Politik zur Einführung der Kostenerstattung auf und damit zu einer Angleichung der deutschen Verhältnisse an europäisches Recht.

Durch die große Unterstützung der ärztlichen Verbände fühlt sich der BDK in seiner politischen Linie gestärkt. „Wir haben etwas Wichtiges und Richtiges in Bewegung gesetzt“, sagte BDD-Vorsitzende Dr. Gundi Mindermann nach dem erfolgreichen Protesttag, „und wir nehmen aus Berlin eins mit nach Hause: Es ist der einzige Weg in die Zukunft und wir gehen ihn längst nicht mehr allein. Unsere mutige Politik hat ein starkes Siegel durch unsere zigtausenden ärztlichen und zahnärztlichen Kollegen erhalten – für uns eine enorme Motivation, unseren Weg unbeirrt fortzusetzen.“

Quelle: Berufsverband der Deutschen Kieferorthopäden - <http://www.bdk-online.org/>

TV-Wartezimmer – vereinbar mit der MBO

Viele Ärzte und Zahnärzte werden zur Zeit mit Angeboten von Dienstleistungsunternehmen zu sogenanntem Wartezimmer-TV konfrontiert. Dabei treten am Markt bereits verschiedene Anbieter mit teilweise deutlichen konzeptionellen Unterschieden auf. Nur wenige sind jedoch mit der Musterberufsordnung für Ärzte vereinbar.

Die Angebote umfassen in der Regel allgemeine Programmelemente, beispielsweise zum Thema Gesundheit und Wellness und praxisindividuelle Informationen. Im individuellen Teil kann der Arzt seine Praxis und das Team vorstellen und Angebote der Praxis zu IGeL und Selbstzahlerleistungen kommunizieren. Letzteres wird in sich massiv verändernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zunehmend überlebenswichtig für die Praxis. Auch Werbespots sind oft Bestandteil des Rahmenprogramms.

Der Marktführer, die Freisinger TV-Wartezimmer GmbH & Co. KG, hat jetzt zur Vereinbarkeit ihres speziellen Konzeptes, ein Rechtsgutachten durch die Kanzlei Dr. Thomas Graefe, München, erstellen lassen. Die Kanzlei Graefe Rechtsanwälte zählt dabei zu den führenden Kanzleien in den Spezialbereichen des Medien- und Gesundheitsrechts (<http://www.graefe-rechtsanwaelte.de>). Nach dem Gutachten der Kanzlei ist die berufsrechtliche Zulässigkeit zum Beispiel gerade dann nicht gegeben, „wenn der Arzt an den Werbeeinnahmen beteiligt und damit sein Werbeinteresse offenkundig ist.“ Ferner darf der Arzt auf die Gestaltung des Rahmenprogramms keinen inhaltlichen Einfluss haben und das Mantelprogramm ist so zu gestalten, dass der Patient diesen Programmteil eindeutig dem Sender und nicht dem Arzt zuordnet. Dies könne beispielsweise „durch die Einblendung eines Herkunftszeichens“ geschehen, wie dies TV-Wartezimmer umsetzt. Ein solches Sendezeichen ist dem Patienten aus dem häuslichen Fernsehen bekannt.

Wichtig sei auch, so die Münchner Juristen, das die Fremdwerbung strikt von den Inhalten der Arztpraxis getrennt, also ausschließlich innerhalb des Mantelprogramms gezeigt wird. Außerdem müsse die Werbung beiläufig sein und darf den redaktionellen Gehalt nicht überdecken, darf also auch quantitativ keine übergeordnete Rolle spielen. Mit einem Werbeanteil von 10-15% sei eben dies bei TV-Wartezimmer sichergestellt. Der Grund für den geringen Werbeanteil bei TV-Wartezimmer ist der Umstand, dass sich die Freisinger eben nicht aus der Fremdwerbung finanzieren und somit dem Arzt aus diesen Einnahmen auch keinen Vorteil versprechen. „Bei TV-Wartezimmer stehen die Interessen des Arztes im Fokus, nicht die der Industrie“, so der Geschäftsführer Markus Spamer. Der Anbieter finanziere sich deshalb aus Sendegebühren für hochwertige IGeL- und Selbstzahlerfilme, quasi auf Erfolgsbasis: Jeder Kunde bekommt nach Angaben des Unternehmens ein Starterpaket mit 7 Filmen zu seinen praxisspezifischen Leistungen, völlig kostenfrei zum 3-Monats-Test. Danach lässt der Arzt nur die Filme weiterlaufen, die mehr Nachfrage einbringen, als er für die Sendegebühr monatlich investiert.

Quelle: <http://www.tv-wartezimmer.de>

Dental Challenge Days 2006 drei Kongresse, ein Event

12. und 13. Mai 2006, Bonn

Am 12. und 13. Mai 2006 findet in Bonn im Internationalen Kongresszentrum Bundeshaus Bonn erstmalig das Team-Event Dental Challenge Days statt. Es bietet mit dem Dental Challenge Congress in diesem Jahr auch ein eigenes Angebot für den niedergelassenen Zahnarzt an. Bereits im vergangenen Jahr besuchten mehr als 600 Teilnehmer in Mannheim den Dental-Start-up-Kongress für Praxisgründer und den Kongress Dental Pearls für die engagierte Praxismitarbeiterin, die auch dieses Jahr wieder zum Programm gehören.

Durch die Erweiterung der Veranstaltung um den Dental Challenge Congress für den niedergelassenen Zahnarzt rechnet der Veranstalter, das Heidelberger Unternehmen praxisDienste, in diesem Jahr mit mehr als 800 Teilnehmern. An zwei Tagen wird die Veranstaltung in allen drei Komplexen wieder Vorträge mit hochkarätigen Referenten aus Praxis und Wissenschaft sowie spannende Workshops mit konkretem Praxisbezug bieten. Themen im Dental-Start-up-Kongress sind alle Fragen rund um den Berufseinstieg, die Planung einer erfolgreichen Praxisgründung und die Anwendung sinnvoller betriebswirtschaftlicher Regeln bei der Existenzgründung. Für die engagierte Praxismitarbeiterin bietet der Kongress Dental Pearls erneut Vorträge und Workshops zu den Themen Prophylaxe, Praxismanagement und Life & Style.

Der neue Dental Challenge Congress stellt im PreCongress-Programm nicht nur ausgewählte Behandlungsschwerpunkte vor, sondern zeigt in Vorträgen und Workshops auch innovative Konzepte zur Gewinnung neuer Patienten und gibt Anregungen zur zukunftsorientierten Neuausrichtung der eigenen Praxis. Ein weiterer Schwerpunkt sind die Möglichkeiten patientengerechter Informationswerbung unter den zwar nach wie vor bestehenden, aber deutlich gelockerten berufsrechtlichen Einschränkungen. Mehr als 50 Aussteller präsentieren sich in einer großen Fachausstellung in der Lobby des Bundeshauses. Zwei Plenumsvorträge für alle Teilnehmer im Wasserwerk, eine gemeinsame Abendveranstaltung mit Buffet und Musik sowie die abschließende Verlosung mit Preisen im Wert von mehr als 30.000 Euro versprechen erneut eine spannende Kongressveranstaltung. Zahnarztpraxen können die Dental Challenge Days 2006 als Team-Event zu vergünstigten Konditionen besuchen. Nähere Informationen zum Kongressablauf und zur Anmeldung zu den Kongressen erhalten Interessenten im Internet unter <http://www.praxisdienste.de> oder unter <http://www.dentalstartup.de>.

Quelle: <http://www.praxisdienste.de/>

CAMLOG Fortbildungsprogramm 2006

Jeden Tag eine Fortbildung

CAMLOG baut auch weiterhin auf intensive Fort- und Weiterbildung der Partner in Praxen und Laboren. „Das CAMLOG-Implantatsystem hat seine starke Stellung auf dem deutschen Markt unter anderem erreicht, weil wir von Beginn an auf konsequente und intensive Fort- und Weiterbildung unserer Anwenderinnen und Anwender größten Wert gelegt haben“, betonte Michael Ludwig, Geschäftsführer der CAMLOG-Vertriebs GmbH bei der Vorstellung des Fortbildungsprogramms für das Jahr 2006. Auf über 60 Seiten können Einsteiger, Fortgeschrittene, Praxisassistenten, Zahntechniker und alle Interessierten deutschlandweit aus einem umfassenden Angebot an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen wählen.

Highlight der diesjährigen CAMLOG-Fortbildung ist der 1. Internationale CAMLOG-Kongress, der vom 11. bis 13. Mai in Montreux, Schweiz, stattfindet. Das CAMLOG-Fortbildungsprogramm 2006 kann bei der CAMLOG-Vertriebs GmbH, Maybachstraße 5, 71299 Wimsheim angefordert werden.

Quelle: <http://www.camlog.com>

Intraorale Reparatur zahnfarbener Restaurationen aus Composite-Füllungswerkstoffen

Zahnfarbene Composite finden als Füllungsmaterial mittlerweile sowohl im Front- als auch im Seitenzahnbereich Verwendung. In Verbindung mit minimalinvasiven Präparationen und speziellen Verarbeitungstechniken ermöglichen sie beeindruckende ästhetische Ergebnisse mit verbesserter Haltbarkeit.

Dessen ungeachtet bleibt die „Achillesferse“ moderner Composite ihrer Empfindlichkeit gegen intraorale Säureangriffe und die dadurch bedingte Degradation. Deren Ergebnis ist ein erhöhter Verschleiß an der Oberfläche mit Folgen für die Vertikaldimension sowie Defekte an den Füllungsändern. Im Falle derartiger Defekte müsste bislang die gesamte Füllung komplett entfernt werden. Angesichts der adhäsiven Befestigung erfordert die ein vollständiges Entfernen der Composite-Füllung, was regelmäßig zum Verlust zusätzlicher Zahnschubstanz führte. Die Erarbeitung eines belastbaren und praktikablen Verfahrens zur intraoralen Reparatur moderner Composite war daher Gegenstand der Forschungsarbeiten von Priv. –Doz. Dr. Ahlers an der Universität Hamburg. In diesem Buch fasst er seine beeindruckenden Ergebnisse zusammen. Es wird dabei gezeigt, dass das Verfahren zur Reparatur verbreiteter Mikrofüllerkomplex- und Feinhybrid-Composite anwendbar ist und den in der Mundhöhle erwarteten Belastungen standhält. Eine anschauliche Beschreibung des praktischen Vorgehens in der klinischen Anwendung ermöglicht den Einsatz in der zahnärztlichen Praxis.

Aus dem Inhalt:

- Composite-Füllungen und Restaurationen – Reparatur oder Erneuerung?
- Bisheriger Forschungsstand in der intraoralen Reparatur von Compositen
- Analyse der Patentsituation – was ist patentiert und was noch nicht?
- Entwicklung eines Reparaturhaftvermittlers
- Werkstoffkundliche Untersuchungen zur Haltbarkeit der Reparaturen
- Biokompatibilität der intraoralen Reparatur
- Praktisches Vorgehen zur Reparatur, eingeteilt nach klinischen Situationen
- Perspektiven für die künftige Entwicklung von Compositen

Schlütersche Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
M. Oliver Ahlers
2006. 168 Seiten
ISBN 3-87706-715-8
€ 44,90

Quelle: <http://www.schluetersche.de/>

Ergonomie Tagung

Am 2. und 3. Juni 2006 findet die Jahrestagung der Europäischen Gesellschaft für Zahnärztliche Ergonomie in Porto/Portugal statt.

Die Europäische Gesellschaft für Zahnärztliche Ergonomie ist eine unabhängige Vereinigung mit dem Ziel der Fortentwicklung aller Aspekte der zahnärztlichen Ergonomie sowohl für die Anwendung in der zahnärztlichen Praxis als auch bei der Entwicklung in der Dentalindustrie.

Das aktuelle Programm ist zu erhalten beim Präsidenten der Gesellschaft
Prof. Dr. Jerome Rotgans
mailto: jrotgans@ukaachen.de

Lipper Fund Awards 2006 für APO-Dachfonds und Apo Asset Management

Die Dachfonds APO Forte INKA und APO Piano INKA der Deutschen Apotheker und Ärztebank (APO-Bank) wurden am 15. Februar 2006 jeweils mit einem Lipper Fund Award ausgezeichnet. Gleichzeitig erhielt die Apo Asset Management GmbH, eine Tochtergesellschaft der APO-Bank, den Fund Award für die beste kleine Fondsgesellschaft im Bereich Mischfonds.

Die beiden APO-Dachfonds wurden vom US-Fondsanalysehaus Lipper aufgrund ihrer Ergebnisse über drei Jahre prämiert. Der APO Piano INKA erhielt eine Auszeichnung als bester Fonds in der Kategorie Mixed Asset EUR Conservative – Eurozone (konservative Mischfonds mit Schwerpunkt Eurozone). Der Anlagefokus des APO Piano INKA liegt auf Rentenfonds, die vorwiegend in Euroanleihen investierend. Zur besseren Risikostreuung und um langfristig von den Chancen der Aktienmärkte zu profitieren, werden zwischen 15 und 35 Prozent Aktienfonds beigemischt. Der Fonds erzielte per Ende Dezember 2005 über drei Jahre eine Wertentwicklung von 26,4 Prozent.

Im gleichen Zeitraum erzielte der APO Forte INKA eine Performance von 61,1 Prozent. Dieser Dachfonds erhielt den Lipper Fund Award als bester Fonds in der Kategorie Mixed Asset EUR Aggressive – Global (globale Mischfonds dynamisch). In der dreiköpfigen APO-Dachfondsfamilie enthält der APO Forte INKA mit mindestens 80 Prozent die höchste Aktienfondsquote. Neben den besten Fonds zeichnete Lipper, ein Tochterunternehmen der Nachrichtenagentur Reuters, auch die besten Fondsanbieter aus. Im Bereich der kleinen Gesellschaften erhielt die Apo Asset Management GmbH einen Lipper Fund Award als beste Gesellschaft in der Kategorie Mischfonds. Das Unternehmen mit Sitz in Düsseldorf verwaltet Fonds für private und institutionelle Kunden. Das verwaltete Volumen beträgt rund drei Milliarden Euro.



Wissen was zählt

Quelle: Deutsche Apotheker- und Ärztebank - <http://www.apobank.de/>

Beim Streit leiden Seele und Körper

Auch Immunsystem und Wundheilung beeinträchtigt

Ein Beziehungsstreit belastet nicht nur die Seele, sondern auch den Körper, berichtet das Apothekenmagazin "Baby und Familie". Negative Auswirkungen auf Immunsystem und Wundheilung wiesen Wissenschaftler der Ohio-State-Universität (USA) nach. Für ihre Studie mussten sich 42 Paare in die Haare kriegen. Vor dem Streit waren ihnen kleine Wunden zugefügt und Blut abgenommen worden. Dann wurden die Paare acht Tage lang genau beobachtet. Das Ergebnis: Die Wunden der Streithähne benötigten zur Heilung einen Tag länger als die von Paaren, die harmonisch in den Test starteten.

Quelle: <http://www.gesundheitpro.de/>

Jetzt in WOMAN: die neuesten Erkenntnisse zum Thema Fitness

300 Kilokalorien pro Tag sind genug

Gute Nachrichten für Sportmuffel: Es ruhig angehen zu lassen, ist oft gesünder als exzessiv zu trainieren! Die Frauenzeitschrift WOMAN berichtet über die jüngsten Erkenntnisse zum Thema Fitness.

Neue Erkenntnis Nr. 1: Manchmal bringt weniger tatsächlich mehr.

Für einen präventiven Gesundheitsschutz reicht ein wöchentlicher Mehrverbrauch von 1500 bis 2000 Kilokalorien völlig aus, sagen Sportmediziner. Das bedeutet: Wer täglich etwa 300 Kilokalorien zusätzlich durch körperliche Aktivität verbrennt, beugt effektiv Herzinfarkt und anderen Risiken vor. 300 Kilokalorien - das entspricht 20 Minuten joggen. Aber auch wer fünf bis sieben Minuten zügig zu Fuß geht, verbraucht schon 40 Kilokalorien!

Neue Erkenntnis Nr. 2: Unser Grundumsatz ist so niedrig wie noch nie.

Wir sind die erste Generation in der Menschheitsgeschichte, die weniger Energie umsetzt, als für das Funktionieren des Organismus erforderlich ist. Gezielte muskuläre Beanspruchungen sind daher eine biologische Notwendigkeit geworden.

Neue Erkenntnis Nr. 3: Gewohnheiten überprüfen ist wichtiger als Leistungssport.

Statt in die Cafeteria der Kantine zu gehen, sollte man den Latte macchiato öfter auf einen kleinen After-Lunch-Spaziergang mitnehmen! Wer außerdem Rolltreppen ignoriert, seine Kollegen direkt aufsucht, statt Mails zu verschicken, das Auto häufiger stehen lässt, bringt Bewegung in festgefahrene Abläufe.

Neue Erkenntnis Nr. 4: Nur das richtige Maß an Sport ist gesund.

Durch Joggen, Walken, Radfahren oder Schwimmen lässt sich der Fettstoffwechsel am effektivsten erhöhen. Aber dabei sollte man sich weder über- noch unterbelasten, sagen Ärzte. Als optimal gilt, mit etwa 50 bis 70 Prozent der eigenen maximalen Leistungsfähigkeit zu trainieren - ein Wert, der sich am besten durch einen Gesundheitscheck überprüfen lässt.

Quelle: <http://www.woman-magazin.de/>

Deutschland ist zufrieden

Am besten schneiden Bayern und Nordrhein-Westfalen ab

Wie eine GfK-Umfrage im Auftrag der "Apotheken Umschau" herausgefunden hat, sind nahezu 79 Prozent der Deutschen "ganz zufrieden" mit ihrem Leben. Aber es gibt deutliche regionale Unterschiede: In Bayern sagen mehr als acht von zehn (82%), dass ihnen ihr Leben gefällt, gefolgt von Nordrhein-Westfalen mit einer Zufriedenheits-Quote von 81,9 Prozent, Baden-Württemberg (81,1 Prozent) und den nördlichen Bundesländern Bremen und Niedersachsen (80,9 Prozent). Dagegen bilden mit nur 68,2 Prozent bzw. 67,1 Prozent Sachsen-Anhalt und Sachsen die Schlusslichter.

Quelle: <http://www.GesundheitPro.de>

Iss Dich glücklich!

Schokolade macht glücklich - und dick. Doch bei Schmuddelwetter und Schneematsch sieht man über Letzteres gern hinweg. Denn gerade in der dunklen Jahreszeit liefert Schokolade dem Körper die Glückshormone, die ihm durch den Lichtmangel fehlen. "Damit der Körper das Glückshormon Serotonin produzieren kann, braucht er Tageslicht", erklärt Alexandra Krotz, Ernährungswissenschaftlerin bei der Techniker Krankenkasse (TK). "Doch neben Schokolade gibt es einige gesunde Ernährungs-Tricks, wie man den Winter-Trübsinn vertreiben kann."

Serotonin ist ein stimmungsaufhellender Botenstoff – die Schlüsselsubstanz fürs Glücklichsein. Wie hoch der Serotoninspiegel im Gehirn ist, hängt hauptsächlich davon ab, wie viel Tageslicht der Mensch aufnimmt. Doch auch bestimmte Nahrungsmittel können ihn beeinflussen. "Gesunde Glücksmacher sind zum Beispiel Bananen, Ananas und Kiwis sowie rohe Paprika und reife Tomaten", empfiehlt TK-Expertin Krotz. "Genau wie Fisch enthalten sie die Aminosäure Tryptophan, den Grundbaustein des Serotonins." Fisch hat zusätzlich den Vorteil, dass das enthaltene Jod die Schilddrüsenfunktion mobilisiert und den Zellstoffwechsel anregt - ein Energieschub für den Körper.

Besonders wichtig fürs Wohlbefinden ist auch Magnesium: Es hilft dem vegetativen Nervensystem und ist ein Schutzschild gegen Stress. Magnesium-Riesen sind vor allem Milch- und Vollkornprodukte sowie Bananen, Beerenobst und Geflügel. Außerdem kann ein Griff in die Gewürzkiste glücklich machen. Alexandra Krotz: "Muskat und Chili zum Beispiel wirken anregend. Chilischoten enthalten den Scharfmacher Capsaicin, der auf der Zunge brennt und dazu führt, dass im Gehirn das Glückshormon Endorphin ausgeschüttet wird." Auch Sport kann Medizin für die Seele sein und dem Körper Glückshormone entlocken. Den besten Gute-Laune-Effekt hat regelmäßiges, moderates Ausdauertraining, das Spaß macht – vielleicht Walking, Schwimmen oder Skilanglauf.

Quelle: TK Techniker Krankenkasse - <http://www.tk-online.de/>

Das Pippilotta-Prinzip

Ich mach mir die Welt, wie sie mir gefällt

Jeder kennt sie aus der Kindheit: Pippilotta Viktualia Rollgardina Pfefferminz Efraimstochter, kurz Pippi Langstrumpf. Und fast jedes Mädchen hat sie für ihre Abenteuerlust geliebt und für ihre freche Art bewundert. Christine Weiner und Carola Kupfer zeigen, wie wir lernen können, etwas weniger wie Annika und etwas mehr wie Pippi zu sein.

Pippi Langstrumpf ermöglichte Fantasien und Träume, die uns aus der manchmal engen Welt unserer Kindertage (ent)führten. In der Villa Kunterbunt gab es keine Verbote und nichts war unmöglich. Fehler waren erlaubt, Perfektion und Angepasstheit langweilig, merkwürdig sein spannend. Pippi war im besten Sinne egozentrisch – selbstbewusst und unbekümmert machte sie, was sie wollte. Im Gegensatz zu ihr haben wir uns im Laufe der Jahre verändert, basteln an Karriere und Familie, verplanen unsere Zeit, zwingen uns in Business-Kostüme und hippe Bars und versuchen, allen Ansprüchen gerecht zu werden. Was dabei oftmals auf der Strecke bleibt sind unsere Träume und unsere Lebendigkeit. Manchmal wird uns diese Lücke schmerzlich bewusst und wir spüren, dass wir etwas verändern und uns irgendwie neu erschaffen müssen.

Die Autorinnen raten: Erwecken Sie Ihre innere Pippilotta zum Leben! In ihrem Buch avanciert Pippi zur Metapher für Authentizität, Mut, Selbstbewusstsein und Offenheit sowie zum konkreten Vorbild, um jung zu bleiben und die eigenen Träume zu verwirklichen. Anhand berühmter Pippi-Geschichten und -Eigenschaften wird gezeigt, wie wir Pippis beste Seiten in unseren eigenen Alltag integrieren und was wir von ihr lernen können.

Das Pippilotta-Prinzip
EUR 16,90, ISBN 3-593-37768-3

Quelle: Campus Verlag - <http://www.campus.de/>

Ohne Worte: Die fünf wichtigsten Babylaute und ihre Bedeutung

Aktuelle Erkenntnisse zur Baby-Kommunikation in der neuen Ausgabe von ELTERN

"Babys kommunizieren von Geburt an mit ihren Eltern. Sie drücken sich durch Körpersprache aus und geben Laute von sich, die völlig verschiedene Bedeutungen haben", sagt der Verhaltensbiologe Dr. Joachim Bensele in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift ELTERN. Bensele arbeitet in der "Forschungsgruppe Verhaltensbiologie des Menschen" (FVM) und unterscheidet in der Baby-Kommunikation fünf unterschiedliche Laute.

Der **Kontaktlaut**. Ein kurzer einzelner Laut, circa eine Zehntelsekunde lang. Eltern hören ihn besonders häufig, nachdem ihr Baby aufgewacht ist. Er bedeutet: "Ist jemand da?"

Der **Schlaf-laut**. Schlaf-laute sind wohlige Töne und meistens dann zu hören, wenn das Baby seine Schlafposition ändert. Übersetzt bedeuten sie: "Mit mir ist alles okay. Macht euch keine Sorgen!"

Der **Trink-laut**. Beim Trinken an der Brust oder Füttern mit dem Fläschchen. Nach jedem Schluck gibt das Baby diesen Laut von sich. Er klingt sehr zufrieden und signalisiert der Mutter, dass die Milch in der richtigen Menge fließt.

Der **Wohligkeitslaut**. Er drückt aus, dass sich das Baby wohl fühlt, aufnahmebereit ist und gerne spielen oder schmusen möchte. Der Laut ist kurz und wird öfters wiederholt. Nach einer Mahlzeit auf dem Schoß der Mutter geben ihn Babys besonders gern von sich.

Der **Unmutslaut**. Eine Serie kurzer Einzellaute, bis zu 14-mal pro Minute. Er geht dem Quengeln und Schreien voraus und signalisiert, dass es dem Baby nicht gut geht, zum Beispiel weil das Fläschchen zu früh abgesetzt wurde. Mit dem Unmutslaut fordert das Baby seine Umgebung auf, etwas zu ändern.

Quelle: <http://www.eltern.de/>

Augen auf beim Camcorderkauf: Schon ab 300 Euro bekommen Anwender ausgereifte Geräte

Panasonic SDR-S100 EG bietet die beste Bildqualität

Camcorder werden immer kleiner und leistungsstärker. Doch wie viel Geld müssen Anwender für ungetrübten Video-Spaß investieren? Das Fachmagazin "Digital World" aus dem Münchner IDG Magazine Verlag hat acht aktuelle Camcorder bis 1.000 Euro auf den Prüfstand gestellt. Mit dem Ergebnis: Schon ab 300 Euro bekommen Hobbyfilmer ausgereifte Geräte, die in punkto Bildqualität mit dreimal so teuren Camcordern konkurrieren.

"Digital World"-Tipp für Einsteiger ist der Sony DCR-HC17E für rund 300 Euro. Das kompakte Gerät besticht durch seine einfache Bedienung und bietet eine überzeugende Bildqualität. Lediglich in der Dämmerung werden Aufnahmen durch leichtes Rauschen getrübt. Als Speichermedium nutzt die Sony-Kamera Mini-DV-Bänder, die schon für drei bis fünf Euro im Handel erhältlich sind. Zudem empfehlen die "Digital World"-Experten, einen Blick auf preiswerte Video-Schnittprogramme wie "Filme auf CD & DVD 5.0" von Magix (etwa 35 Euro) oder "Studio 10" von Pinnacle (circa 50 Euro) zu werfen. Zusammen mit einer Einsteiger-Kamera wie der Sony DCR-HC17E haben Hobbyfilmer so schon für rund 350 Euro eine komplette Videoausstattung zur Hand.

Wer keinen gesteigerten Wert auf die Nachbearbeitung seiner Aufnahmen legt, kommt mit einem DVD-Camcorder voll auf seine Kosten. Die aufgezeichneten Filme werden dabei ohne Umweg über den PC direkt am DVD-Player abgespielt. Allerdings passen auf eine 8-Zentimeter-DVD lediglich 1,4 Gigabyte Daten, was in etwa 20 Minuten Film in bester Aufnahmenqualität entspricht. "Digital World"-Tipp in dieser Geräte-kategorie ist der Canon DC10 für rund 650 Euro, der eine gute Bildqualität und viele manuelle Einstellmöglichkeiten besitzt.

Die beste Bildqualität im "Digital World"-Test liefert der Panasonic SDR-S100 EG für etwa 1.000 Euro. Dieses Gerät zeichnet Filme auf einer so genannten SD-Speicherkarte auf. Die Vorteile: Camcorder mit SD-Karte sind besonders klein und leicht und das Spulen gehört der Vergangenheit an. Dafür müssen Anwender nicht nur für die Geräte selbst, sondern auch für die Speichermedien tief in die Tasche greifen: Eine 2-Gigabyte-Karte für 25 Minuten Videomaterial in bester Qualität ist ab 75 Euro zu haben.

Quelle: <http://www.digital-world.de/>

Handy erst ans Ohr nehmen, wenn's beim Gesprächspartner klingelt

Reader's Digest gibt Tipps für den Umgang mit Geräten, die Strahlung aussenden

Ob Mikrowellenherd, Mobiltelefon oder Radio: Viele moderne technische Errungenschaften brauchen für ihren Betrieb unterschiedliche Formen von Strahlen. Das Magazin Reader's Digest gibt in seiner März-Ausgabe wichtige Tipps, wie man die Geräte nutzen kann und sich dennoch vor Strahlung schützt. Beispiel Telefonieren: Man sollte das Handy erst ans Ohr halten, wenn es beim Gesprächspartner klingelt, da beim Verbindungsaufbau die Strahlung am höchsten ist.

Grundsätzlich gilt: Mit zunehmender Entfernung zum Gerät sinkt die Strahlung immer mehr. Wer sich also schützen will, muss einfach nur Abstand halten. Im Fall der Mikrowelle könnte das bedeuten, das Gerät nicht unbedingt auf den Esstisch zu stellen. Denn diese Geräte nutzen hochfrequente elektromagnetische Strahlung, womit die Wassermoleküle in der Nahrung zur Schwingung gebracht werden. So entsteht die Wärme. Indes, der Verbraucher ist dabei keiner Gefahr ausgesetzt, da die Geräte so konstruiert sind, dass die Strahlung nur in geschlossenem Zustand entstehen kann. Ganz anders die Lage beim Laser. Wer die so genannten Laserpointer sachgemäß einsetzt, setzt sich keiner Gefahr aus. Wer aber mit Industrielasern arbeitet - zum Beispiel beim Schweißen - sollte unbedingt eine Schutzbrille vor den Augen tragen.

Vorsichtsmaßnahmen werden auch beim Thema ultraviolette Strahlen empfohlen. Einerseits sind sie gesundheitsfördernd, zum Beispiel für den Knochenbau. Andererseits können allzu intensive Sonnenbäder jedoch die Haut schädigen oder gar Hautkrebs begünstigen. Insofern gilt: Weniger ist mehr. Das gilt auch für Röntgenstrahlen. Die Medizin nutzt sie gerne, um ein klares Bild von bestimmten Körperpartien zu bekommen. Unnötige Aufnahmen sollte man aber vermeiden, denn die Strahlen können die Zellen schädigen. Deshalb gilt die Grundregel: Röntgenpass anschaffen. Der hilft, den Überblick zu behalten.

Quelle: Reader's Digest Deutschland - <http://www.readers-digest.de>

Unverzichtbare SMS

Die meisten Jugendlichen kommen ohne SMS nicht mehr aus

Ein Leben ohne SMS, die Textnachricht per Mobiltelefon, ist für viele junge Leute nur noch schwer vorstellbar, berichtet das Gesundheitsmagazin "Apotheken Umschau". Bei einer Umfrage der polis Gesellschaft für Politik- und Sozialforschung sagten 56 Prozent der 14- bis 19-Jährigen, diese Art der Nachrichtenübermittlung sei für sie unverzichtbar. Von den Älteren fühlen sich bedeutend weniger von dem schnellen Kommunikationsweg abhängig: 76 Prozent der Gesamtbevölkerung kommen noch gut ohne SMS aus.

Quelle: Apotheken Umschau - <http://www.gesundheitpro.de/>

Die Gefahr lauert am Straßenrand: Richtiges Verhalten nach einer Reifenpanne

Europäische Autofahrer sorgen sich besonders um ihre Kinder

Es regnet in Strömen, die Straßen sind stark befahren, und Sie haben Ihre kleinen Kinder auf der Rückbank Ihres Wagens. Plötzlich passiert es: Reifenpanne. Im Rahmen einer europaweiten Umfrage von Goodyear gaben 85 % der befragten Autofahrer an, dass sie sich vor dieser Situation besonders fürchten. Richtiges Verhalten nach einer Reifenpanne hilft, die Gefahr für alle Beteiligten zu reduzieren. Doch wie verhält man sich nach einer Reifenpanne richtig?

1. Bei einer Reifenpanne sollten alle Insassen das Fahrzeug verlassen und sich in sicheren Abstand zur Fahrbahn, am Besten hinter die Leitplanken, begeben.
2. Nachdem alle Insassen das Fahrzeug verlassen haben und möglichst mit Warnwesten ausgerüstet wurden, muss sofort ein Warndreieck aufgestellt werden.
3. Erst dann sollte der Reifen gewechselt oder Hilfe angefordert werden."

Quelle: Goodyear Tire & Rubber Company - <http://www.goodyear.com/>

Der goldene Zahn

Was hat ein Bauernhofkater in einer High- Tech-Zahnarztpraxis verlohren?

Warum bedroht eine verlorene Teilprothese eine äußerst viel versprechende Auslandsreise?

Und welche Geschichte gibt es über den Goldzahn des toten Franz Kafka zu erzählen?

Die Anthologie *Der goldene Zahn* präsentiert 22 ausgewählte Beiträge des gleichnamigen Kurzgeschichtenwettbewerb, der Bookspot Verlag in Kooperation mit der Fachzeitschrift „das dental labor“ ausgelobt wurde. Aus 545 eingerichteten Einsendungen in dem mit insgesamt 1.000 Euro dotierten Wettbewerb konnten sich die Beiträge *Blind Date* von Ulrike Renk (1. Preis), *Das beste* von Helga Frien (2. Preis) sowie *Kafkas Zahn* von Christoph Steier (3. Preis) an die Spitze des Feldes setzen.

Die Zusammenstellung ist eine bunte Mischung aus Humor, Leidenschaften und krimineller Energie, die ein völlig neues Licht auf ehrenwerte Zunft von Zahnärzten und Dentaltechnikern sowie deren Klienten wirft!

„der golden Zahn“ Burkhard P. Bierschenck Hrsg.),
Bookspot Verlag GmbH, ISBN 3-937357-12-2, 9,80 Euro

AutorInnen: Babara Bialas, Cordula Evers, Jolanda Fäh-Weilenmann, Helga Frien, Wolfgang A. Gogolin, Rene Hemmering, Susanne Henke, Patricia Koelle, Anita Kostandin, Sabine Ludwigs, Hartmuth Malorny, Laura Martin, Moon McNeill, Iris Meier, Daniela Peters, Marieanne Pfeifer, Stefan T. Pinternagel, Ulrike Renk, Christopher Steier, Nikals Stepper, Anja Ulbig, Marcus Wares.

Quelle: <http://www.bookspot.de/>

Deutscher Arbeitskreis für Zahnheilkunde (DAZ)

Zahnärzteverbände DAZ und VDZM laden ein zu Frühjahrsfortbildung über neue Vertragsstrukturen und neue Erkenntnisse der Schmerzforschung

Mit diesen zwei Hauptthemen wartet die diesjährige Frankfurter Frühjahrstagung der zahnärztlichen Verbände Deutscher Arbeitskreis für Zahnheilkunde (DAZ) und Vereinigung Demokratische Zahnmedizin (VDZM) am 6. Mai auf. Das deutsche Gesundheitswesen steht vor grundlegenden Wandlungen. Als einer der Auswege aus der Krise, verursacht durch stagnierende Beitragseinnahmen und steigende Leistungsausgaben, gelten wettbewerbliche Strukturen, die bereits jetzt genutzt werden und auch vor den Leistungsangeboten von Ärzten und Zahnärzten nicht Halt machen. Im zahnmedizinischen Sektor hat sich die AOK Bayern am weitesten vorgewagt. Sie beteiligt sich an einem neuartigen Integrierten Versorgungsprojekt, das derzeit in einer Pilotphase in Bayern anläuft.

Dr. Helmut Platzer, Vorstandsvorsitzender der AOK Bayern, wird in seinem Vortrag „Chancen und Risiken der Integrierten Versorgung und anderer neuer Versorgungsstrukturen aus der Sicht der gesetzlichen Krankenversicherung“ auf die allgemeinen Rahmenbedingungen der Integrierten Versorgung eingehen und ausführlich den Ende 2005 abgeschlossenen Integrations-Vertrag „Claridentis“ mit seinen Integrationselementen, Versorgungsketten und Qualitätsanforderungen darstellen. Die an dieser Integrierten Versorgung teilnehmenden Zahnmediziner rechnen sämtliche Leistungen für AOK-Versicherte nicht mehr über die Kassenzahnärztliche Vereinigung (KZV), sondern – unter Wahrung des Datenschutzes - über eine Managementgesellschaft ab. Die vertragszahnärztlichen Bestandteile der Vergütung werden auf die Gesamtvergütung angerechnet. Die Claridentis-Partnerzahnärzte verpflichten sich zur Einhaltung besonderer Qualitätskriterien und erhalten dafür eine (nicht dem KZV-Budget entnommene) gesonderte Vergütung.

Weitere Themen des Vortrags werden die vom Gesetzgeber geplanten Reformen im zahnärztlichen Bereich und Änderungen des Vertragsrechts sein. Nach einem aktuellen Eckpunktepapier aus dem Bundesgesundheitsministerium ist eine Verlängerung der Anschubfinanzierung der Integrierten Versorgung bis zum 01.01.2008 vorgesehen. Außerdem sind Novellierungen im Zulassungsrecht und Erleichterungen für interdisziplinäre Medizinische Versorgungszentren geplant. Auf den Vortrag des AOK-Chefs folgt eine Podiumsdiskussion, bei der das Für und Wider neuer Vertragsstrukturen und mögliche Gefahren für die Selbstverwaltung beleuchtet werden sollen. Neben Dr. Platzer und je einem Vertreter von DAZ und VDZM wird als hochrangiger Vertreter der KZV-Seite Dr. Ulf Utech, Vorsitzender der KZV Hessen, auf dem Podium mitdiskutieren. Zu erwarten ist eine spannende und kontroverse Auseinandersetzung unter lebhafter Beteiligung des Publikums.

Am Nachmittag stellt Prof. Dr. Ulrich Egle, ärztlicher Direktor der Fachklinik für Psychosomatische und Psychotherapeutische Medizin Kinzigtal, neuere Ergebnisse der Schmerzforschung vor und zieht die „Konsequenzen neurobiologischer Erkenntnisse für den zahnärztlichen Alltag“. Der Blick über den Tellerrand der Zahnmedizin soll dem Zahnarzt ein besseres Verständnis komplexer Krankheitsbilder mit psychosomatischen Anteilen vermitteln und die Zusammenarbeit mit ärztlichen Kollegen erleichtern. Die Vormittagsveranstaltung ist beitragsfrei; für den Nachmittag werden Tagungsbeiträge von 10 bis 40 Euro erhoben. Bei beiden Veranstaltungen gibt es je drei Fortbildungspunkte. Alle Interessierten sind am 06.05.2006 von 10-13 Uhr sowie 14-18 Uhr herzlich eingeladen ins Bürgerhaus Frankfurt-Bornheim, Arnsburger Str. 24, 60385 Frankfurt/ Main, Tel 069/943403. Weiteres erfahren Sie unter:

Information und Anmeldung
Deutscher Arbeitskreis für Zahnheilkunde (DAZ)
Belfortstr. 9, 50668 Köln, Tel 0221/973005-45, Fax 0221/7391239
mailto: daz.koeln@t-online.de, Internet <http://www.daz-web.de>

Quelle: <http://www.daz-web.de>

Liebe Leserin, lieber Leser!

Sie gehören zu den interessierten und innovativen Mitmenschen, die sich mit der digitalen Welt angefreundet haben. Genau wie wir vom „med.dent.magazin“.

Wir haben das Experiment gewagt, eine ausschließlich digitale Zahnmediziner-Zeitschrift zu etablieren.

Nach 15 Jahren erfolgreichen Erscheinens und erfreulicher Leserresonanz wechselten wir das Printmedium gegen das Internetmedium aus. Mit vielen Vorteilen für Sie:

Das med.dent.magazin erscheint monatlich.

Das med.dent.magazin ist aktuell.

Das med.dent.magazin ist mit den Autoren, Quellen und Partnern verlinkt.

Bitte geben Sie die <http://www.med-dent-magazin.de> Adresse weiter (dort können sich Interessierte für den ständigen und kostenlosen Bezug einschreiben).

Ich freue mich auf eine weite Verbreitung und ein produktives Networking.

Ihr

Hans-Peter Küchenmeister

I M P R E S S U M

Info:

Sehr geehrte/r Leser/in!

Unser Angebot besteht aus der Zahnmediziner Zeitschrift med.dent.magazin in digitalisierter Form.

Das med.dent.magazin erscheint monatlich im PDF-Format und wird am Monatsanfang per E-Mail versandt.

Um das med.dent.magazin zu abonnieren oder das Abonnement zu kündigen besuchen Sie bitte unsere Web-Site und tragen Sie sich dort auf der Startseite mit ihrer E-Mail-Adresse ein oder aus.

Kontakt:

Redaktion

Anregungen und Fragen zu Artikeln und redaktionelle Beiträge bitte an:

mailto: redaktion@med-dent-magazin.de

Herausgeber

Hans-Peter Küchenmeister
Daldorfer Straße 15
D 24635 Rickling

Tel. +49-(0)4328-722 477
Fax +49-(0)4328-722 478

mailto: hpk@med-dent-magazin.de
web: <http://www.med-dent-magazin.de>

Newsletter

Fragen zum Versand/Abo und Homepage an:

Phillip Kriett

mailto: phillip.kriett@med-dent-magazin.de

Archiv/Sonstiges:

Das Archiv befindet sich auf unserer Website. Dort sind die bisherigen Ausgaben zum Download verfügbar.

Den aktuellsten Adobe Acrobat Reader® erhalten Sie hier:



NEU: Sie Suchen zu einem bestimmten Stichwort Artikel in Ihrem med.dent.magazin-Jahrgang? Die Lösung finden Sie auf unserer Homepage.

Benötigt wird lediglich der Index zu Ihrem med.dent.magazin-Jahrgang und eine Acrobat-Reader-Version, die die „Volltextsuche“ unterstützt. Genaueres auf unserer Homepage!